

# Zweiter offener Brief an die Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags und den Landtagspräsidenten Hr. Peter Straub, zur Antwort der SPD-Fraktion

Sehr geehrte Damen und Herren, Sehr geehrter Herr Straub, Sehr geehrter Herr Schmiedel,

dem Landtagspräsidenten Peter Straub und der SPD-Fraktion (insbesondere Herrn Schmiedel und Herrn Braun) danken wir dafür, dass sie auf unsere Kritik an der Unterstützung des Projekts Baden-Württemberg-Wald im Negev hin Erkundigungen eingeholt haben. Die SPD hat den Träger des Projekts, den Jüdischen Nationalfonds (JNF), und die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) um Stellungnahmen gebeten. Herr Straub hat außerdem Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier in der Angelegenheit angeschrieben. Der Landtagspräsident und die SPD-Fraktion haben uns freundlicherweise die Antworten als Briefe oder als Zitat (Stellungnahme von Außenminister Steinmeier) zur Verfügung gestellt.



Zerstörte Häuser: Association for Support and Defense of Bedouin Rights in Israel

Sowohl Außenminister Steinmeier als auch Franz-Hellmut Schürholz, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, begründen die Rechtmäßigkeit des Landbesitzes des Jewish National Funds im Bereich Baden-Württemberg-Wald wesentlich damit, dass die Negev innerhalb der **Grünen Linie** liege, die auch die Arabische Liga im Jahr 2002 bereit war, als Grenze Israels anzuerkennen. Leider gehen keine der Organisationen (JNF, DIG) und auch Landtagspräsident Straub und die SPD-Fraktion nicht auf die von uns beschriebenen **Menschenrechtsverletzungen innerhalb der Grünen Linie** ein. Doch die Palästinenser im Negev leiden unter diskriminierenden Gesetzen des Staates Israels. Um dies nochmals zu verdeutlichen, **untermauern wir im Folgenden unsere Kritik zusätzlich mit israelischen Quellen und einer vor kurzem veröffentlichten Untersuchung der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zur Situation im Negev.**

Den CDU-Abgeordneten, Jörg Döpfer, aus dessen Büro wir die Mitteilung bekamen, er würde das Projekt nicht unterstützen, fordern wir auf, dies mit DIG und JNF zu klären. Beide Organisationen gehen von der Unterstützung durch alle Abgeordneten aus, wie aus der Homepage des JNF und dem Brief von Herrn Schürholz (DIG) an die SPD-Fraktion ersichtlich ist. Sehr erstaunt sind wir darüber, dass sehr viele Abgeordnete ohne Reaktion über unsere Einwände gegen das Projekt Baden-Württemberg-Wald hinweg gegangen sind. Immerhin haben wir auf klare Menschenrechtsverletzungen aufmerksam gemacht.

Zu den Stellungnahmen der DIG und des JNF sowie zu den Antwortbriefen von Landtagspräsident Straub und der SPD-Fraktion merken wir Folgendes an:

**Das zentrale Argument der JNF und der DIG gegen unsere Kritik lautet, dass alle Projekte des JNF auf rechtmäßig erworbenem Grund innerhalb Israels stünden. Die DIG stellt zudem fest, dass der Verlust von Heimat und Besitz der Flüchtlinge eine Kriegsfolge sei, für die eine Lösung in Friedensverhandlungen gefunden werden müsse.**

Sowohl DIG als auch JNF ignorieren die Tatsache, dass die Palästinenser im Negev wie in ganz Israel durch Praktiken zionistischer Einheiten im 1948-er Krieg und des israelischen Staats ihr Land verloren haben, die nicht im Einklang mit den Menschenrechten stehen.

**Im UNO-Teilungsplan waren keine Umsiedlung bestimmter Bevölkerungsgruppen, keine ethnisch gesäuberten Gebiete und keine systematische Diskriminierung bestimmter Gruppen im späteren israelischen Staat vorgesehen. Nach Recht und Gesetz muss der israelische Staat daher ganz unabhängig von Friedensverhandlungen Unrecht wieder gut machen und Diskriminierung beenden. Dies gilt für die Angehörigen des Abu Sukut Klans- die heute israelische Staatsbürger sind, also immer noch im Negev leben. Für diejenigen, die 1948 in Gebiete außerhalb der Grünen Linie geflohen sind, muss**

das von der UNO beschlossene Rückkehrrecht verwirklicht werden.

Eben diese eindeutigen Menschenrechtsverletzungen haben wir in unserem ersten offenen Brief kritisiert und für die Negev konkret geschildert. **Zieht man die historischen Tatsachen, internationales Recht und die UNO-Resolutionen in Betracht, kann man nicht mehr davon sprechen, dass der JNF den Grund und Boden, auf dem der Baden-Württemberg-Wald steht, rechtmäßig erworben hat.**

Zionistische militärische Einheiten hatten bereits vor Kriegsbeginn damit begonnen, Palästinenser systematisch zu vertreiben (siehe zu den Ereignissen vor und während des Krieges unter anderem auch die neuen Studien des israelischen Historikers Ilan Pappé „Die ethnische Säuberung Palästinas“, deutsche Ausgabe, Frankfurt/Main 2007). Deswegen hat die UNO unmittelbar nach dem Krieg von 1948 in ihrer **Resolution Nr. 194 vom 11. 12. 1948 von Israel gefordert, dass den Flüchtlingen die Rückkehr rasch gestattet werden müsse oder, wenn diese selbst nicht zurückkehren wollten, eine nach internationalen Standards angemessene Entschädigung gezahlt werden solle. Der israelische Staat hat jedoch die Enteignung in den Jahren nach dem Krieg mit Gesetzen und Regelungen zementiert, die ebenso wenig wie die Vertreibung selbst im Einklang mit den Menschenrechten und internationalem Recht stehen. Dieser Prozess dauert bis heute an.** Gerade im Negev besaßen jüdische Eigentümer unmittelbar vor dem Krieg (im Jahr 1945) weniger als ein Prozent des Bodens. Gerade hier spielt die Enteignung durch Gewalt, diskriminierende Gesetze und Regelungen eine herausragende Rolle. Der Abu Sukut Klan vom Stamm der Tiyaha, der ursprüngliche Besitzer des Landes, wo heute der Baden-Württemberg-Wald gepflanzt wird, ist ebenso wie andere Palästinenser Opfer dieser Vorgehensweise. Ilan Pappé schreibt dazu: **„Der Dezember 1948 war der Säuberung des Negev von vielen Beduinenstämmen, die dort lebten, vorbehalten... Ein anderer Stamm, die Tayaha (zu ihm gehört der Abu Sukut Klan, Anm.) wurde gespalten: eine Hälfte wurde nach Gaza deportiert, die andere Hälfte zwangsweise in Richtung Jordan vertrieben... Im Dezember schlossen die israelischen Truppen auch die Entvölkerung des Verwaltungsbezirks Beersheba ab, die sie im Herbst 1948 begonnen hatten. Als sie fertig waren, hatten sie 90 Prozent der Menschen vertrieben, die seit Jahrhunderten in dieser südlichsten besiedelten Region Palästinas gelebt hatten“** (Ilan Pappé, Die ethnische Säuberung Palästinas S. 257).

Ilan Pappé berichtet auch von einem **„Massaker“ im Süden Palästinas** während des 1948-Krieges:

*Zwischen Beersheba und Hebron lag das Dorf Dawaymeb. Was dort geschah, gehört wohl zu den schlimmsten Gräueltaten in den Annalen der Nakba (Vertreibung der Palästinenser Anm.). Das 89. Bataillon der Brigade acht besetzte das Dorf. . . . . Die Soldaten auf den Panzerfahrzeugen eröffneten das Feuer mit automatischen Waffen und Geschützen und rückten im Halbkreis in das Dorf vor. Nach altbewährter Routine kesselten sie das Dorf von drei Seiten ein und ließen die Ostflanke offen, um die 6000 Einwohner innerhalb einer Stunde hinauszujagen. Als dies nicht gelang, sprangen die Soldaten von den Fahrzeugen und schossen wahllos auf die Menschen, von denen viele Zuflucht in der Moschee oder in einem nahen Höhlenheiligtum namens Iraq al-Zagh suchten. Als der Muchtar (Bürgermeister Anm) sich am nächsten Tag wieder ins Dorf wagte, sah er mit Entsetzen Berge von Leichen in der Moschee und viele weitere auf den Straßen, tote Männer, Frauen und Kinder, auch seinen Vater. Als er zu der Höhle ging, fand er den Eingang von Leichen übersät. Eine Zählung, die der Muchtar durchführte, ergab: 455 Vermisste, darunter 170 Kinder und Frauen. Die jüdischen Soldaten, die an dem Massaker beteiligt waren, schilderten ebenfalls grauenvolle Szenen: Babys mit gespaltenen Schädeln, Frauen, die vergewaltigt oder lebendig in ihren Häusern verbrannt wurden, erstochene Männer. Dabei handelte es sich keineswegs um Aussagen, die Jahre später gemacht wurden, sondern um Augenzeugenberichte, die innerhalb weniger Tage nach den Ereignissen an das Oberkommando geschickt wurden.“ (Pappé, 2007, S. 259ff)*

Für die Landgesetze, die nach dem Krieg von 1948 erlassen wurden, zitieren wir wiederum aus der Studie von Ilan Pappé:

*„Die Knesset verabschiedete 1950 das Gesetz über Vermögen Abwesender; während der Vermögensverwalter eine gewisse Ordnung in die Handhabung der Beute brachte, aber den JNF noch nicht zum alleinigen Eigentümer machte. Auf dem Weg zur alleinigen Verfügungsgewalt über die neuen Wälder Israels – fast ausnahmslos auf den Ruinen palästinensischer Dörfer angelegt, die bei der ethnischen Säuberung 1948 zerstört wurden, errang der JNF einen Sieg über das Landwirtschaftsministerium, das selbstverständlich die Kontrolle über die Aufforstung anstrebte. Der Staat erkannte jedoch die Vorteile, die es hatte, dem JNF nicht nur die Forstverwaltung Israels zu übertragen, sondern ihn „im Namen des jüdischen Volkes“ zum Haupttreuhänder der gesamten Ländereien zu machen. Von nun an war der JNF dafür zuständig, über die „Jüdischerhaltung“ auch solcher Ländereien zu wachen, die ihm nicht gehörten, indem er jegliche Transaktionen mit Nichtjuden, namentlich Palästinensern, untersagte. . . . Das 1953 ver-*

*abschiedete JNF-Gesetz machte ihn zum unabhängigen Grundbesitzer im Namen des jüdischen Staates. Diese und eine Fülle weiterer Gesetze wie das Gesetz über Israels Landbesitz und das Gesetz über die israelische Landverwaltung (Israel Land Authority, ILA), beide von 1960, stärken diese Position. . . .Dieser bürokratische Prozess, der sich über fast zwei Jahrzehnte (1949-1967) erstreckte, bewirkte im Ergebnis, dass die gesetzlichen Regelungen, die Verkauf, Verpachtung und Unterverpachtung von JNF-Land an Nichtjuden verboten, in ihrer Geltung auf den größten Teil des staatlichen Grundbesitzes (über 90 Prozent der Fläche Israels, die zu 7 Prozent in Staatsbesitz ist) ausgedehnt wurden. Hauptziel dieser Gesetzgebung war zu verhindern, dass Palästinenser in Israel ihren eigenen Grund und Boden oder den ihres Volkes durch Kauf wieder erwarben.“*  
(Pappe, *Die ethn. Säuberung*, 2007, S. 290f)

Die amerikanische Menschenrechtsorganisation **Human Rights Watch** ( sie bekam im Jahr 2005 den Theodor-Heuss-Preis) **hat im März 2008 eine Untersuchung veröffentlicht, in der sie für die Palästinenser im Negev diese Vorgehensweise schildert und zu gleichen Ergebnissen wie Ilan Pappe kommt.** Aus Gründen der besseren Lesbarkeit fassen wir die Ergebnisse von Human Rights Watch was die Landgesetze betrifft, hier kurz zusammen. Wir fügen die entsprechenden Stellen aus der Untersuchung als englische Zitate an unseren Brief an. Die komplette Untersuchung trägt den Titel „**Off the Map: Land and Housing Rights Violation in Israel’s Unrecognized Villages**“ und findet sich im Internet unter <http://hrw.org>.

Für die **Jahre vor 1948** stellt Human Rights Watch fest, dass sich bei den Negev-Beduinen eine weitgehend **sesshafte Lebensweise** entwickelt hatte. Sie siedelten in Dörfern und verfügten über ein **genau bestimmtes traditionelles System von kommunalem und individuellem Landbesitz**. 1948 wurde die übergroße Mehrheit vertrieben, von den ursprünglich 65 000 bis 95 000 Negebewohnern blieben nur 11 000.

**In der Diskussion darum, wie mit ihnen verfahren werden sollte, plädierte der damalige Vorsitzende der Landabteilung des Jewish National Fund (JNF), Yosef Weitz, gemeinsam mit dem damaligen Außenminister Moshe Sharet für die vollständige Vertreibung.**

**Letztlich setzte sich jedoch die von Yigal Alon vertretene Position durch, der damals Militärkommandeur der Negev war. Die Beduinen wurden gezwungen, in einem bestimmten Gebiet zu leben, um Platz für jüdische Siedler und militärische Basen zu schaffen.**



Nicht anerkannte Dörfer sind Hüttensiedlungen ohne Strom- und Wasserleitungen  
Quelle: „Die Wüste blüht“ - GEO, März 2006

**Laut Human Rights Watch war vor allem das 1953 erlassene Land Acquisition (Validation of Acts and Compensation) Gesetz entscheidend für die Enteignung der Beduinen.** Danach konnte der Staat Land für sich registrieren lassen, das am 1. April 1952 nicht im Besitz des ursprünglichen Eigentümers war. Doch damals waren die Beduinen bereits zwangsweise in das vom israelischen Staat vorgesehene Gebiet umgesiedelt worden. So wurden weite Bereiche ihrer Ländereien als Staatsland registriert und viele von ihnen erfuhren nicht einmal davon.

**Mit dem 1965 erlassenen Planning and Building Gesetz wurde ein Gesamtplan für das Gebiet aufgestellt. Der israelische Staat ignorierte damals die Existenz palästinensischer Dörfer und trug diesen Boden einfach als Agrarland ein.** Palästinenser, die später wieder versuchten, an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückzukehren, erhielten auf dieser gesetzlichen Grundlage keine Baugenehmigung. Eine weitere Bestimmung des Gesetzes vom Jahr 1965 sah außerdem vor, dass illegal errichtete Häuser nicht an die Wasserversorgung oder das Elektrizitäts- und Telefonnetz angeschlossen werden konnten. Daher finden sich heute eine große Zahl palästinensischer Dörfer im Negev ohne diese minimale Grundversorgung. Lediglich den Bewohnern von sechs dieser Orte ist es inzwischen gelungen, die Anerkennung gegen den Staat durchzusetzen.  
**Das Gesetz von 1965 sah außerdem weitere Landenteignungen für öffentliche Zwecke vor.** In weiteren

Enteignungsverfahren wurde der Boden für die Planstadt Rahat, aber auch für jüdische Siedlungen und staatliche Projekte konfisziert. In den folgenden Jahren gingen die Enteignungen weiter.

Wichtig als **Grundlage für Prozesse** um den Landbesitz in den 70er und 80er Jahren ist auch die **1969 erlassene Land Rights Settlement Ordinance (New Version)**, nachdem die Regierung das gesamte Land enteignen darf, das in der türkischen Zeit Palästinas nicht eingetragen worden war. Dies betraf besonders Beduinen, die in der ottomanischen Zeit oft nicht bereit gewesen waren, mit nicht beduinischen Behörden zusammen zu arbeiten und ihre eigenen traditionellen Gesetze für die Regelung des Landbesitzes anwandten. Genau diese Beduinen bekamen auch zur Zeit des britischen Mandats keine Chance mehr, denn die Engländer ließen ihnen nur zwei Monate für die Registrierung Zeit – zu wenig, für eine Bevölkerungsgruppe, die nicht mit den europäischen Gepflogenheiten vertraut waren.

Der Verstoß gegen die Menschenrechte in den israelischen Gesetzen von 1953 und 1965 ist offensichtlich. Die Palästinenser im Negev, die auf der Grundlage des Gesetzes von 1969 Prozesse gegen den israelischen Staat oder den JNF um ihr offiziell nicht eingetragenes Land verloren haben, können sich daher auch eindeutig auf internationales Recht berufen.

**Dr. Alexander Kedar von der Universität Haifa stützt sich in seinem Artikel „Land Settlement in the Negev in International Law Perspective“ in Adalah’s Newsletter, Volume 8, December 2004 auf die UN Draft Declaration on the Rights of Indigenous People und belegt dies. Er zitiert aus dieser Deklaration und betont auf dieser Grundlage, dass Landbesitz, der sich auf traditionell begründetes Eigentum stützt, anerkannt und mit geeigneten Maßnahmen gesichert werden müsse. Darüberhinaus müsse auch der Zugang zu anderen Gebieten, der traditionell bestand, gesichert werden. Dies gelte besonders für Nomaden. Die Konvention fordere, dass die jeweilige Regierung Eigentum und Besitz solcher Gebiete garantiere und schütze, betont Dr. Kedar. Außerdem müssen die Besitzer auch Zugang zu den natürlichen Ressourcen in diesen Gebieten haben und an deren Verwaltung und Sicherung beteiligt werden.**  
(Englisches Originalzitat im Anhang)

**In der Presseerklärung zur Studie von Human Rights Watch beschuldigt Joe Stork, Direktor der Organisation für den Nahen Osten die israelischen Politiker, die Beduinen in eine Verlierersituation gedrängt zu haben. Der Staat habe sie gezwungen, ihr Land zu verlassen, und in Hüttendörfern ohne Grundversorgung wie Wasser oder Elektrizität zu ziehen. „Israel hat Tausende von**

**Häusern der Negev Beduinen seit den siebziger Jahren zerstört, allein im Jahr 2007 sind es Hunderte gewesen“, stellt Stork fest. Die Behörden gehen davon aus, dass 45 000 Häuser von Beduinen in 39 nicht anerkannten Dörfern illegal gebaut wurden, diese sind damit von Zerstörung bedroht. Dies würde mit der Umsetzung des Baurechts begründet, doch zerstörten die Behörden zwar systematisch die Häuser von Beduinen, würden aber oft illegale jüdische Siedlungen übersehen oder im Nachhinein legalisieren, kritisiert Human Rights Watch die Praxis im Negev.**

**Bei den Beduinen herrsche dringender Bedarf an angemessenem Wohnraum, doch der Staat baue jüdische Siedlungen, obwohl einige der 100 bestehenden jüdischen Siedlungen halb leer stünden, stellt Human Rights Watch weiter fest. Theoretisch könne zwar jeder beantragen dort zu wohnen, doch die Komitees, die die Bewerber prüften, urteilten auf der Grundlage nicht festgelegter Kriterien und schlossen Beduinen systematisch aus. Die Ergebnisse von Human Rights Watch bestätigen Ilan Pappes Feststellung zur Rolle des JNF. Der Staat kontrolliert 93 Prozent des Landes, die Israel Land Administration (ILA) verwaltet und weist dieses Land zu. Kein israelisches Gesetz fordere eine faire und gerechte Zuteilung ein, stellt Human Rights Watch fest. Doch die Hälfte des Regierungsgremiums der ILA seien JNF-Mitglieder und dieser habe ausdrücklich die Aufgabe ausschließlich Land für Juden bereit zu stellen. Die Beduinen machten 25% der Bevölkerung im nördlichen Negev aus, sie würden jedoch nur 2% des Landes besitzen, stellt Human Rights Watch fest. (aus der Presseerklärung vom 31. März 2008 “End Systematic Bias Against Bedouin” zur Veröffentlichung der Studie auf der Homepage von Human Rights Watch unter [www.hrw.org](http://www.hrw.org))**

Zu der gleichen Einschätzung kommen auch andere Menschenrechtsorganisationen wie Adalah The Legal Center of Arab Minority Rights in Israel (siehe unter [www.adalah.org](http://www.adalah.org) die Tätigkeitsberichte), The Israeli Comitee Against House Demolitions, <http://icahd.org> (siehe vor allem den Bericht aus dem Jahr 2007) sowie Zochrot und MAIAP, die unsere Initiative unterstützen.

**Wie schon aus den Untersuchungen von Human Rights Watch und Ilan Pappes hervorgeht, spielt gerade der JNF, der Träger des Projekts Baden-Württemberg-Wald eine zentrale Rolle bei der Politik der Vertreibung und Diskriminierung. Schon Josef Weitz, Leiter der Siedlungsabteilung des JNF zur Zeit des Krieges von 1948, war offensichtlich ein regelrechter Scharfmacher. Ilan Pappes zitiert aus Josef Weitz’s Tagebüchern: „Transfer dient nicht nur einem Ziel – die arabische Bevölkerung zu reduzieren-, sie dient auch einem zweit-**

en, keineswegs unwichtigerem Zweck, nämlich: Land zu räumen, das derzeit von Arabern bestellt wird, und es frei zu machen für jüdische Besiedlung. . .Kein einziges Dorf und kein einziger Stamm darf ausgelassen werden“ (zitiert nach Ilan Pappé, 2007, S. 96). Bis heute ist der JNF die Institution, die darüber wacht, dass kein Land an Nichtjuden vergeben wird und das krasse Ungleichgewicht bei der Landverteilung erhalten bleibt.

Ilan Pappé beurteilt aber auch den ökologischen Aspekt der Wälder und Freizeitparks des JNF äußerst skeptisch. Wir zitieren:

*„Als der jüdische Nationalfonds auf dem Areal der ausradierten palästinensischen Dörfer seine Nationalparks anzulegen begann, lag die Entscheidung, was er dort anpflanzte, ausschließlich bei ihm. Fast von Anfang an entschied er sich überwiegend für Nadelgebölze, statt für heimische Flora Palästinas. Teils handelte es sich dabei um einen Versuch, dem Land ein europäisches Aussehen zu verleihen. . .Dabei wachsen in den Wäldern ganz Israels heute nur zu 11 Prozent heimische Arten. . . So gab sich der JNF in der neuen Reißbrettstadt Migdal Ha-Emeq alle erdenkliche Mühe, die Ruinen des palästinensischen Dorfes Mujaydil am Ostrand der Stadt mit einem kleinen Nadelwäldchen zu bedecken. Solch „grüne Lungen“ sind in vielen Neubaustädten Israels zu finden, die auf zerstörten palästinensischen Orten stehe.“ (Ilan Pappé S. 296). . . Die wahre Aufgabe des JNF war und ist also, diese sichtbaren Überreste Palästinas zu kaschieren, indem er darauf Bäume pflanzt und seine Geschichte erzählt, die ihre Existenz leugnet. . . Was die JNF-Texte als „ökologisches Engagement“ darstellen, ist also nur ein weiteres Bestreben offizieller israelischer Stellen, die Nakba (Vertreibung der Palästinenser Anm.) zu verleugnen und das Ausmaß der palästinensischen Tragödie zu kaschieren“ (Ilan Pappé, 2007, S. 298).*

Wie wir auf Fotos aus dem Baden-Württemberg-Wald erkennen können, wird auch dort Nadelgehölz gepflanzt, das nicht in die Umgebung gehört. Die Kritik Ilan Pappés an einer Scheinökologie trifft also offensichtlich auch auf dieses Projekt zu. Angesichts des hohen Wasserbedarfes von Nadelgehölz in der Negev ist der Nutzen solcher Wälder für die Umwelt in der Negev äußerst fragwürdig. Zu den Beispielen, die der Jüdische Nationalfonds in seinem Brief an die SPD-Fraktion als Beleg seiner guten Zusammenarbeit mit der Planstadt Rahat anführt, in der viele Mitglieder des Abu Sukut Klans leben, merken wir Folgendes an:

**Das Wasser, das in dem vom Schweizer JNF angeblich nur für Rahat errichteten Abwasserreservoir gereinigt wird, kommt nach dieser Prozedur nicht der Planstadt**

für die Beduinen, sondern ausschließlich der nahe gelegenen jüdischen Siedlung Givat Bar zugute, wo keine Palästinenser wohnen. Die Siedler bewässern mit dem gereinigten Wasser ihre Pflanzungen. Nicht jedes palästinensische Kind aus Rahat kann die gemeinsame Schule mit Mischmar HaNegev besuchen. Dies ist lediglich ausgesuchten, besonders kooperativen, Bewohnern Rahats vorbehalten.

Übrigens wurde der Bürgermeister von Rahat, Talal al-Karnawi, der die Arbeit des JNF lobte und unterstützte, am Dienstag, 25. November 2008, in der Bürgermeisterwahl abgewählt. Der Sieger ist ein Kritiker der Politik des JNF.

Wie Sie aus der Studie der angesehenen Menschenrechtsrechtorganisation Human Rights Watch erkennen, sind es auch längst nicht mehr nur Palästinenser, die die Vorgehensweise der israelischen Regierung und des JNF im Negev kritisieren. Die eindeutige Verletzung internationalen Rechts hat Menschenrechtsorganisationen auf den Plan gerufen. Bei israelischen Wissenschaftlern, unter anderen einigen Historikern, regt sich Widerstand gegen die systematische Diskriminierung der Palästinenser in der Landfrage und gegen die Politik des JNF in diesem Zusammenhang.

Es handelt sich also nicht um eine „Auseinandersetzung innerhalb Israels zwischen der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung um Landrechte und historische Ansprüche“, die „für uns außerordentlich komplex“ seien, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel im Brief an uns schreibt. **Hier werden ganz offensichtlich Menschen mit systematischer Diskriminierung um ihre Existenzgrundlage, ihr Recht und ihre Chancen gebracht.**

Claus Schmiedel schreibt, dass er und die SPD-Fraktion „Bestrebungen, die Aussöhnung und Verständigung im Nahen Osten auf eine tragfähige und nachhaltige Basis“ bringen, unterstützen möchten. Auch Landtagspräsident Peter Straub hofft auf einen dauerhaften Frieden. Warum wählen SPD-Fraktion und Landtagspräsident dann Projekte des JNF, dessen Politik einem Ausgleich ausdrücklich entgegen steht? Die israelische Organisation Zochrot, die bei der Wahl zum Stuttgarter Friedenspreis dieses Jahr auf den zweiten Platz kam, beurteilt nicht umsonst die Bedingungen im Negev genauso wie wir. Unseren Protest hat Zochrot nach einem Besuch eines Vertreters in Stuttgart im Juni unterstützt. Zochrot, die sich um die Aufarbeitung der Geschehnisse im Krieg von 1948 und um die Aussöhnung zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern bemüht, ist eine der Organisationen, die die Chancen für Ausgleich und Verständigung im Nahen Osten

erheblich verbessert und damit den bekundeten Bestrebungen des Landtagspräsidenten und der SPD gerecht wird, ganz im Gegensatz zum JNF. Aus ähnlichen Gründen, wie wir sie am Baden-Württemberg-Wald äußern, ist das gesamte 600-Millionen-US-Dollar – Projekt des JNF für den Negev, das die SPD laut Claus Schmiedel unterstützen will, in die Kritik geraten. Im Vordergrund der Einwände steht die Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung, die bereits in den Plänen offensichtlich wird. Aber auch der ökologische Nutzen der Waldprojekte wird in Zweifel gezogen, da der JNF für seine Wälder Bäume verwendet, die nicht in die Umgebung gehören. Das Gewicht der Fakten ist stark genug. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie Ihre Recherche zum Projekt Baden-Württemberg-Wald nicht nur auf eine Seite beschränken und die palästinensische Seite einbeziehen. Nur so wird das Urteil fundiert.

Wir meinen auch, dass unsere Argumente Sie davon überzeugen sollten, dass die JNF-Politik der Versöhnung und dem Frieden im Nahen Osten keineswegs dient, sondern ihr entgegensteht. Wir fordern Sie auf: Ziehen Sie sich vom Projekt Baden-Württemberg-Wald zurück und bleiben Sie mindestens neutral!

Wenn Sie mehr tun wollen, raten wir Ihnen, sich bei den vielen Organisationen unter Israelis und Palästinensern

umzusehen, die sich an den Grundlagen der Menschenrechte orientieren und Unrecht beenden wollen. Wir selbst arbeiten unter anderen mit Zochrot (Erinnerung), dem Israel Comitee Against House Demolition und The Movement against Israeli Apartheid in Palestine zusammen. Auch Nisped, die sich vor allem für palästinensische Frauen im Negev einsetzt, leistet zu den von Ihnen verfolgten Zielen einen wichtigen Beitrag. **In all diesen Organisationen arbeiten israelische und nicht israelische Palästinenser mit jüdischen Israelis zusammen, gleichberechtigt und ohne Trennung und Diskriminierung zwischen Religionsgruppen.**

Wir erwarten Ihre Antwort mit großem Interesse.

Mit freundlichen Grüßen,  
Palästinakomitee Stuttgart, M. Kunkel, Rosengartenstraße 80, 70184 Stuttgart, Flüchtlingskinder im Libanon e. V. (Sieger bei „Echt gut! – Ehrenamt in Baden-Württemberg, Kategorie „Soziales Leben“ im Jahr 2007), Arbeitskreis Palästina Tübingen, Verein arabischer Studenten und Akademiker Tübingen, Arabischer Kulturclub e. V. Palästinensische Gemeinde Deutschland e. V., Palästinensische Gemeinde in Stuttgart e. V., AK Nahost Pax Christi Diözese Rottenburg-Stuttgart und Freiburg, Pro-Zochrot-Team der Kirchengemeinden in Stuttgart Nord, Zochrot e. V. - Israel

**Protestbrief des Vorsitzenden der Vereinigung der Unterstützung und Verteidigung der Rechte der Beduinen in Israel, Nuri Al Okbi, an alle in Israel akkreditierten Botschafter. Er wurde im Dez. 2006 verfasst, bezieht sich also direkt auf Pflanzungen, die im Zusammenhang mit dem Baden-Württemberg-Wald vorgenommen wurden.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit möchte ich Sie auf den "Wald der Botschafter" aufmerksam machen, der im Begriff ist von der israelischen Regierung und dem JNF (Jewish National Fund) im Negev angelegt zu werden (eine Angelegenheit, die es Wert scheint nach dem ehrenwerten diplomatischen Korps benannt zu werden), außer dass dieser Wald auf dem Land der Beduinen, die Bürger Israels sind, angelegt wird, was die Enteignung der Landbesitzer zur Folge hat und damit eine ernsthafte Verletzung ihrer Eigentumsrechte bedeutet.

Am Sonntag, 10. Dezember 2008, (dem internationalen Tag der Menschenrechte!) wurde versucht mit Bulldozern auf dem Land der hier Unterzeichnenden zu arbeiten. Dagegen protestierten wir, wie wir gegen alle Übergriffe der Negevbeduinen opponieren. Wir lehnen die Umwandlung von landwirtschaftlicher Fläche in einen Wald – der auch noch den Namen der Botschafter trägt – ab.

Ich rufe jede/n einzelne/n von Ihnen dazu auf, sich klar und eindeutig von der Nutzung Ihres Namens und Ihres Rufes, für einen Akt der Ungerechtigkeit zu distanzieren. Bitte helfen Sie uns, unsere Rechte als indigene Bürger zu verteidigen.

*Nuri Al-Okbi Chair, Association for Support and Defence of Bedouin Rights in Israel  
POB 5212, Be'er Sheva, ph, 054-5465556.*

Zitate aus „Off the Map: Land and Housing Rights Violation in Israel’s Unrecognized Villages” von Human Rights Watch (<http://hrw.org>).

“ The Bedouin are indigenous inhabitants of the Negev region of southern Israel. Those Bedouin who remained in the Negev after the 1948 War became citizens of Israel. While the Bedouin were traditionally a nomadic people, roaming the Negev in search of grazing land for their livestock, **they had already adopted a largely sedentary way of life prior to 1948, settling in distinct villages with a well defined traditional system of communal and individual land ownership.**

During and immediately after the 1948 war, that followed the end of the British Mandate and Israel’s Declaration of Independence, the majority of Negev Bedouin were expelled or fled to surrounding areas in Jordan, Egypt, the West Bank, and Gaza. Only around 11,000 of the 65,000-95,000 pre-1948 Bedouin population remained in the Negev, representing just 19 of the original 95 Negev Bedouin tribes. Israeli officials at the time debated whether the Bedouin should be entirely cleared from the Negev (a position supported by **Yosef Weitz, chairman of the Jewish National Fund Land Division**, and Foreign Minister Moshe Sharet) or whether those loyal to the state should be allowed to remain but concentrated into a limited area east of Beer Sheva (a position supported by Yigal Alon, commander of the southern front and the Military Governor of the Negev). Alon’s plan also spelled out the purpose for moving the Bedouin into this circumscribed area: to secure land suitable for settling Jews and for building bases of the Israel Defense Forces (IDF, the Israeli army), and to remove the Bedouin from key Negev routes. . . .”

## Legal Basis for Land Confiscation

During the period of Israeli military rule over the country’s Palestinian Arab population, from 1949 to 1966, Israel passed laws that enabled the state to confiscate land previously owned or used by the Bedouin (as well as the wider Palestinian Arab community) and register it in the name of the state:

**The 1953 Land Acquisition (Validation of Acts and Compensation) Law** gave the state the right to register previously confiscated land in its name if various conditions were met. One of these conditions was that the owner was not in possession of the property on April 1, 1952. By this date the “temporary” removal of the Negev Bedouin into the Siyag area had been completed, and thus much of the Bedouin’s land outside the Siyag was registered as state land, unbeknownst to many of the Bedouin owners.

**The 1965 Planning and Building Law**, examined in greater detail in Chapter V, created a hierarchy of planning bodies that drew up master plans at the national, district and local level. The first Israeli master plans in the late 1960s identified existing and projected built-up areas in every part of Israel. The authorities did not acknowledge the existence of the populated Bedouin villages on the original master plans and zoned their land as agricultural. As a result, although six villages have subsequently been recognized . . . , most of these still do not have a detailed outline plan and thus cannot receive permits to build. In addition, none of the still unrecognized villages (39 in total) can apply for and receive permits to build, and all the structures, even those existing before passage of the 1965 law, the state deems illegal. Another section of the 1965 Law holds that unlicensed buildings cannot be connected to utilities such as water, electricity, or telephone networks, thus leaving all the homes in the unrecognized villages without these basic state services. **Finally, the law also allowed for the confiscation of land for public purposes, which led to another round of state confiscation of Bedouin land in the Negev, including the land that the state used to build the first government-planned Bedouin townships as well as land later used to build Jewish towns and other state projects.**

After the end of military rule in the Negev, and during the period that the government began to concentrate Bedouin in newly created townships, Israel also continued to register Bedouin land in the name of the state, facilitated by two further pieces of legislation.

**The 1969 Land Rights Settlement Ordinance [New Version]** gave the government the right to confiscate lands that Ottoman Land Law (the law applicable when Palestine was under Ottoman rule, some aspects of which both the British Mandate and the State of Israel incorporated into their legal systems), had defined as “dead lands” (mawat), and which Bedouin had not both “revived” (that is, cultivated) and officially registered during

Ottoman and British land registration periods. Most of the Bedouin residents of the Negev did not register their settled and cultivated lands during these periods for a number of reasons, including: Bedouin utilized a traditional ownership system and saw no need for official registration; Bedouin historically did not cooperate with (non-Bedouin) state authorities; Bedouin lacked knowledge of the registration procedure; Bedouin feared that registering their land with the authorities would provide the authorities with official records that could be later used for taxation and military conscription; Bedouin did not have adequate time to learn about and fulfill the requirements of the British Mandate registration process, which lasted only two months. This was the last time that Bedouin were able to officially register their land and it is the registry that Israeli officials have used since 1948.

The 1969 law also provided a legal basis for settling disputed land title, as described below (see this chapter, section "Battle over Land Ownership). "

### **Aus der Presseerklärung vom 31. März 2008 "End Systematic Bias Against Bedouin" zur Veröffentlichung der Studie auf der Homepage von Human Rights Watch unter [www.hrw.org](http://www.hrw.org)**

"Israeli policies have put the Bedouin in a lose-lose situation," said Joe Stork, Middle East director at Human Rights Watch. "The state has forced them off the land they claimed as their own and into illegal shanty towns, cut off from basic necessities like water and electricity."

### **Israel has demolished thousands of Negev Bedouin homes since the 1970s, and hundreds in 2007 alone.**

Authorities say that 45,000 existing Bedouin homes in approximately 39 "unrecognized" villages were built illegally and thus potential targets for demolition. Israeli officials contend that they are simply enforcing zoning and building codes. But Human Rights Watch found that officials systematically demolish Bedouin homes while often overlooking or retroactively legalizing unlawful construction by Jewish citizens.

**While the Bedouin suffer an acute need for adequate housing and for new (or recognized) residential communities, the state instead is developing new homes and communities for Jewish citizens even though some of the more than 100 existing Jewish communities in the Negev sit half-empty. In theory, any citizen can apply to live in these Negev communities, but in practice selection committees screen applicants and accept people based on undefined notions of "suitability" that systematically exclude Bedouin. . . .**

### **Zur Rolle des JNF schreibt Human Rights Watch in der Presseerklärung zur Studie:**

„The state controls 93 percent of the land in Israel, and a government agency, the Israel Land Administration (ILA), manages and allocates this land. No Israeli law requires the ILA to ensure fair and just distribution of land. Almost half its governing body are members of the **Jewish National Fund, which has an explicit mandate to develop land for Jewish use only**. Today, the Bedouin community comprises 25 percent of the population of the northern Negev, but controls less than 2 percent of the land there. . .”

### **Zitat aus dem Artikel von Dr. Alexander Kedar, Universität Haifa**

„The Convention states that the **rights of ownership and possession** of the peoples concerned **over the lands they traditionally occupy** shall be recognized. In addition, where appropriate, measures shall be taken to safeguard their rights to use lands not exclusively occupied by them, but to which they traditionally had access for their subsistence and traditional activities. Special attention shall be paid in this respect, the Convention continues, to the situation of nomadic peoples and shifting cultivators.

**The Convention states that the governments shall take the necessary steps to identify these lands and to guarantee effective protection of their ownership and possession.** The Convention further requires that adequate procedures shall be established within the national legal system to resolve the land claims of the indigenous people. The Convention also sets forth the right of indigenous peoples to the natural resources pertaining to their lands, including the right to participate in the use, management, and conservation of these resources.” (siehe im Internet unter [www.adalah.org/newsletter/eng/dec04/](http://www.adalah.org/newsletter/eng/dec04/))